Vernehmlassungsfragen zur Totalrevision des Geschäftsreglementes des Einwohnerrates

1. Sollen ins Reglement Vorschriften zur parteipolitischen Zusammensetzung des Büros aufgenommen werden? (Art. 5)

Partei	Antwort	Begründung
SVP	Nein	Nur das nötigste soll vorgeschrieben sein. Eine parteipolitische Zusammensetzung macht nach Meinung der SVP keinen Sinn. Die einzelnen Mitglieder des Büros müssen vom Einwohnerrat gewählt werden. Entsprechend kann Einfluss genommen werden, sollte eine Partei das Büro alleine stellen oder sich permanent aus der Verantwortung nehmen wollen.
SP	Nein	Die SP-Fraktion betrachtet die Parteien als wichtiges Element der Demokratie, insbesondere auch in Herisau. Trotzdem braucht es keine spezielle Erwähnung. Die gleichwertige Vertretung der Parteien ist mit der in Art. 16 gewählten Formulierung ausreichend gewährt, ohne dass eine Zersplitterung zu befürchten ist.
FDP	Nein	Mit fünf Personen hat das Büro die richtige Grösse. Aus Sicht der FDP ist es nicht notwendig, die parteipolitische Zusammensetzung im Reglement zu regeln. U.E. hat das Büro in erster Linie eine organisatorische und weniger eine politische Aufgabe.

EVP	Nein	Die EVP Appenzell Ausserrhoden glaubt nicht, dass es für den Einwohnerrat von grosser Bedeutung wäre, wenn eine parteipolitische Zusammensetzung des Büros als Vorschrift gegeben würde. So ist es auch den kleineren Parteien möglich, in die verantwortungsvollen Aufgaben des Büros gewählt zu werden. Die EVP AR spricht sich deshalb gegen die Aufnahme von Vorschriften zur parteipolitischen Zusammensetzung des Büros ins Reglement aus.
CPV	Ja	Da auch heute schon darauf geschaut wird, dass im Büro und in den Kommissionen alle Fraktionen angemessen berücksichtigt werden, scheint es sinnvoll, dies im Reglement zu verankern.

2. Sind die im Entwurf vorgesehenen fünf Personen, welche mindestens einer Fraktion angehören müssen, Ihrer Ansicht nach angemessen oder könnten Sie sich auch eine andere Mindestgrösse vorstellen? (Art. 14)

SVP	5 Personen	Die Mindestgrösse von fünf Personen macht durchaus Sinn. Somit würden alle Fraktionen über eine angemessene Anzahl Parlamentarier verfügen, um adäquat in den einzelnen Kommissionen vertreten sein zu können.
SP	4-5 Personen	Die SP erachtet die Fraktionsstärke von 4-5

		Personen als angemessen. Damit wird eine rationelle Arbeit im Rat begünstigt und einer allfälligen Zersplitterung durch Kleinparteien oder Parteiunabhängiger vorgebeugt.
FDP	5 Personen ok	Aus Sicht der FDP ist die vorgeschlagene Mindestgrösse von fünf Mitgliedern vernünftig - aber nicht zwingend.
EVP	3 Personen	Damit auch kleinere Parteien eine Fraktion bilden können, befürwortet die EVP AR eine Mindestgrösse einer Fraktion von 3 Personen.
CVP	3 Personen	5 Personen entsprechen 16.13% der Mitglieder des Einwohnerrates und ungefähr auch soviel Wähleranteil. Maximal könnte der Einwohnerrat daher aus 6 Fraktionen zusammengesetzt sein, im Augenblick sind es 5. Im Vergleich zum Nationalrat, wo die Fraktionsstärke auch bei 5 Personen liegt, die Ratsgrösse aber mehr als 6x grösser ist. Und auch im Vergleich zum Kantonsrat AR, wo ab 3 Mitgliedern eine Fraktion gebildet werden kann, scheinen 16% Wähleranteil für eine Fraktion unverhältnismässig hoch. Ein Senken dieser Grenze erscheint der CVP im Hinblick auf die Meinungsvielfalt im Rat sehr sinnvoll. Auch können kleinere und neue Parteien so schneller eingebunden werden und Verantwortung übernehmen. Daher schlägt sie das Senken der Grenze auf ca. 10% der Mitglieder des Einwohnerrates vor. Dies entspräche 3.1 Einwohnerratsmitgliedern. Empfohlen werden 3 Mitglieder. Maximal könnten also 10 Fraktionen Einsitz im

		Einwohnerrat haben. Natürlich würde eine solch hohe Anzahl Fraktionen den Ratsbetrieb verlangsamen. Die Wahrscheinlichkeit einer solchen Parteilichkeit im Einwohnerrat erachten wir jedoch als verhältnismässig klein und gewichten die Meinungsvielfalt klar höher.
--	--	---

3. Sollen die Einladungen und die Unterlagen zur Einwohnerratssitzung generell drei Wochen im Voraus zugestellt werden müssen, oder soll grundsätzlich eine Frist von vier Wochen gelten, wobei Finanzplan, Voranschlag, Geschäftsbericht und Jahresrechnung spätestens 14 Tage vor der Sitzung zuzustellen sind? (Art. 22, Art. 22a)

SVP	3 Wochen	Die Drei-Wochen-Regelung überzeugt durch die Einheitlichkeit der Fristen und ermöglicht es den Fraktionen, für die zeitintensiven Geschäfte wie der Finanzplan, der Voranschlag, der Geschäftsbericht und die Jahresrechnung genügend Zeit zum Studium der Unterlagen und der damit verbundenen seriösen Vorbereitung auf die Einwohnerratssitzung zur Verfügung zu haben.
SP	Unterschiedliche Fristen	Die SP bevorzugt die Regelung nach Art. 22, wenn sie entsprechend der heutigen Praxis flexibel umgesetzt wird. Wichtig ist, dass die FIKO den Finanzplan und den Voranschlag unverzüglich nach dem Gemeinderatsbeschluss als Vordruck erhält.
FDP	3 Wochen	Wir bevorzugen die Variante mit einer

		einheitliche Frist von drei Wochen (Art. 22a).
EVP	Unterschiedliche Fristen	Die Variante 4 Wochen, wobei Finanzplan, Voranschlag, Geschäftsbericht und Jahresrechnung erst spätestens 14 Tage vor der Sitzung zugestellt werden, findet die EVP AR zum Beibehalten wie bis anhin. So bleibt genügend Zeit, um sich vorzubereiten und mit den Parteien/Fraktionen Sitzungen abzuhalten.
CVP	3 Wochen	Da sich die Fraktionen mindestens 1 Woche vor der Einwohnerratssitzung zur Fraktionssitzung treffen, sind 2 Wochen eine sehr kurze Frist. Drei Wochen sind im Hinblick auf eine gute Vorbereitung auf die Fraktions- bzw. Einwohnerratssitzung sicher angemessen. Kommt dazu, dass sich auch allfällige Kommissionen mit den Vorlagen auseinandersetzen und Bericht erstatten müssen.

4. Soll Rückkommen wie vorgesehen sowohl bei jedem einzelnen Geschäft als auch zum Schluss der Sitzung möglich sein? (Art. 37 Abs. 4, Art. 38)

SVP	Sowohl als auch.	-
SP	Sowohl als auch.	Die SP begrüsst die Neuerung mit Art. 37 Abs 4. Damit kann bereits in der Detailberatung auf allfällige Widersprüche, die sich im Laufe der Detailberatung ergeben haben, reagiert werden. Die Gefahr von Missbrauch mit mehrfachen Rückkommensanträgen erachtet

		sie als klein.
FDP	Sowohl als auch.	Das vorgeschlagene zweistufige Vorgehen ist geeignet.
EVP	Sowohl als auch.	Das Rückkommen soll sowohl nach jedem Geschäft, wie auch am Schluss der Sitzung möglich sein.
CVP	Sowohl als auch.	Ja. Da die Detailbesprechung meistens sehr zügig voran geht, ist es sinnvoll auch die Möglichkeit zu haben bei jedem Geschäft Rückkommen beantragen zu können und nicht bis zum Schluss der Sitzung warten zu müssen.

5. Welche der zwei vorgesehenen Varianten der Protokollform und damit verbunden der unterschiedlichen Zustellungsfristen würden Sie gerne ins Reglement aufnehmen? (Art. 47, Art. 47a, Art. 48, Art. 48a)

SVP	Beschlussprotokoll und öffentlich zugänglich	Die SVP-Fraktion spricht sich mehrheitlich für ein Beschlussprotokoll in Kombination mit einem Tonprotokoll (z.B. analog der Stadt Wil SG) aus. Wichtig hierbei erscheint aber, dass die einzelnen aufgezeichneten Wortmeldungen für die Mitglieder der Legislative, aber insbesondere für den Souverän, mittels kurzen Beschreibungen des Inhalts übersichtlich und in logischer chronologischer Anordnung „einfach“ zugänglich sind.
-----	--	--

SP	Art. 47 und Art. 48	<p>Für die SP hat die rasche und korrekte Protokollierung Priorität. Sie begrüsst deshalb die Vorschläge nach Art. 47 und 48 mit der Ergänzung, dass die Wortmeldungen ebenfalls als Namensliste aufgeführt werden. Dabei wäre eine Zuordnung der Namensliste zu Eintreten, Detaildiskussion sowie zu allfälligen Anträgen anzustreben. Damit wird auch das nachträgliche Auffinden von Voten in den elektronischen Aufzeichnungen erleichtert, respektive ohne erheblichen Zeitaufwand erst ermöglicht. Die Protokollierung der Hauptzüge der Diskussion, wie wir sie seit längerem kennen, ist zeitaufwändig und immer subjektiv. Unabhängig von der Protokollierenden kam es bisher zu Gewichtungen der einzelnen Diskussionspunkte, die der effektiven Diskussion und Bedeutung der Diskussionspunkte nicht gerecht wurden. Mit den heutigen Möglichkeiten der elektronischen Aufzeichnung wird der rasche Zugang zu früheren Diskussionen erheblich erleichtert, was die Bedeutung von Wortprotokollen heute vermindert.</p>
FDP	Art. 47 und Art. 48	<p>Wir sprechen uns eindeutig für die Variante Beschlussprotokoll (Art. 47) und einwöchige Zustellungsfrist (Art. 48) aus. Diese Lösung ist tauglich und konzentriert sich auf die wesentlichen Punkte. Kombiniert mit der Tonaufzeichnung und der öffentlichen Zugänglichkeit ist eine konzentrierte Protokollierung doppelt sinnvoll.</p>

EVP	Art. 47 und Art. 48	Die Variante Art.47 als Beschlussprotokoll genügt, somit ist auch die Zustellungsfrist innert einer Woche gegeben.
CVP	Art. 47a und Art. 48a	CVP begrüsst es, die Hauptzüge der Diskussion im Protokoll verankert zu haben.

6. Soll festgelegt werden, dass die Aufzeichnungen der Beratungen des Einwohnerrates öffentlich zugänglich sind? (Art. 50, Art. 50a)

SVP	ja	Die Variante Art. 50 als Konsequenz aus Art. 47 (siehe auch entsprechende Begründung).
SP	ja	Die SP begrüsst die Variante nach Art. 50 mit der freien Zugänglichkeit über elektronische Medien
FDP	Ja	Folgerichtig spricht sich die FDP auch für die öffentliche Zugänglichkeit der Wortbeiträge aus. Sie ist der Ansicht, dass die Protokolle im Ratsinformationssystem direkt durch die entsprechende Segmente aus der Tonaufnahme ergänzt werden sollten. Auf diese Weise werden die Verhandlungen im Rat für jeden Bürger transparent und direkt nachvollziehbar. Sie ist überzeugt, dass dies zum einen die Ernsthaftigkeit der Verhandlungen verbessern und zum andern das Ansehen des Rats, bei gebührendem Verhalten steigern wird.

EVP	Ja	<p>Die Variante Art.50 findet die EVP AR gut, da ja auch die Sitzungen öffentlich sind, ist das Aufschalten im Internet und somit allen Interessierten zugänglich zu machen, zeitgemäss. Wenn die Variante Art. 47 für ein Beschlussprotokoll beschlossen wird, kann im Internet noch nachgelesen oder -gehört werden.</p>
CVP		<p>Die CVP ist für das Beibehalten des Protokolls in der jetzigen Form und zusätzlich dafür, dass die Aufzeichnungen der Einwohnerrats-sitzungen über elektronischen Medien öffentlich zugänglich gemacht werden. Da die Einwohnerratssitzungen öffentlich sind, sieht die CVP keinen Grund wieso sie nicht auch auf dem Internet zugänglich gemacht werden sollten. Im Gegenteil, nicht jeder hat die Möglichkeit am Mittwochnachmittag unseren Sitzungen beizuwohnen. Die Politik wird greifbarer, wenn man jederzeit die Möglichkeit hat sich darüber zu informieren. Die Transparenz, ev. die Akzeptanz und sicher die Masse der informierten Personen wird grösser. Gerade die jüngeren Generationen brauchen fast ausschliesslich das Internet als Informationsplattform. Hingegen für die Tätigkeit als Ratsmitglied ist die bisherige Protokollform nützlich und auf diese sollte nicht verzichtet werden. Ein einfaches Beschlussprotokoll reicht oft nicht, um die Hauptargumente und Hauptdiskussionspunkte eines Geschäftes wieder aufzugreifen. Und jedes Mal die vergangenen Sitzungen abzuhören, ist unangemessen.</p>

		<p>Die CVP begrüsst jedoch folgende Ergänzungen, respektive Klärungen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Was passiert mit den Aufzeichnungen und dem Protokoll wenn der Einwohnerrat die Öffentlichkeit von einer Sitzung ausschliesst? 2. Wie lange zurück werden die Verhandlungen öffentlich zugänglich gemacht? (4 Jahre/ 5 Jahre/ 10 Jahre/etc.) 3. Missbrauch der Tondokumente muss verboten werden (explizit erwähnt auf der Internetseite). Die Tondokumente dürfen nicht einfach Heruntergeladen und gespeichert werden. <p>Ev. muss eine Option geschaffen werden, wo verlangt werden kann, dass einzelne Passagen im Extremfall von der Veröffentlichung ausgeschlossen werden können. (Persönliche Attacken, Verletzungen des parlamentarischen Anstandes, etc.)</p>
--	--	---

7. Soll eine Motion nachträglich weiterhin lediglich in ein Postulat umgewandelt werden können, oder soll mit der Zustimmung des Erstunterzeichners auch eine Änderung des Wortlauts möglich sein? (Art. 55 Abs. 4, Art. 55 Abs. 4a)

SVP	Änderung Wortlaut möglich.	Die SVP-Fraktion begrüsst die Variante mehrheitlich, in der der Wortlaut einer Motion mit der Zustimmung des Erstunterzeichners geändert werden kann. Sie verspricht sich davon eine Erstärkung des parlamentarischen
-----	----------------------------	---

		Instrumentes, welches in der Vergangenheit vermehrt aufgrund einer kleinen Meinungsverschiedenheit im Parlament in ein Postulat umgewandelt werden musste. Die SVP ist für die Variante Art. 55 Abs. 4
SP	Keine Änderung Wortlaut möglich.	Die SP lehnt die nachträgliche Änderung des Wortlauts einer Motion, wie sie mit Art. 55 Abs. 4b ermöglicht wird, ab. Die MotionärInnen sollen sich bereits beim Einreichen über den Wortlaut im Klaren sein. Sonst besteht auch die Gefahr den Motionstext nur als Versuchsballon einzureichen und anschliessend, je nach Ratsmeinung, anzupassen. Soll aufgrund der Diskussion der Text geändert werden, so besteht ja die Möglichkeit, die Motion zurückzuziehen und sie mit neuem Wortlaut nochmals einzureichen.
FDP	Änderung Wortlaut möglich.	Die FDP spricht sich für die Variante aus, die auch eine Änderung des Wortlauts mit Zustimmung des Erstunterzeichners zulassen (Art. 55 Abs. 4).
EVP	Änderung Wortlaut möglich	Dass der Wortlaut einer Motion oder ihre Umwandlung in ein Postulat während der Diskussion gemacht werden kann, ist gut. Oft ergeben sich im Diskutieren miteinander, bessere Ideen oder Formulierungen. Nach einer solchen Umformulierung könnte es sein, dass sich eine Mehrheit finden lässt, die dem Gewünschten zustimmen könnten, was vorher nicht der Fall gewesen wäre.

CVP	Änderung Wortlaut möglich.	Eine Änderung des Wortlauts mit Einverständnis des Erstunterzeichnenden scheint sinnvoll. Da so auf allfällige Einwände aus dem Rat eingegangen werden kann und Verbesserungen in formeller oder inhaltlicher Form angebracht werden können.
-----	----------------------------	--

8. Soll die jährliche Fragestunde beibehalten werden oder genügt dem Einwohnerrat zukünftig das Instrumentarium der Interpellation und der schriftlichen Anfrage? (Art. 59)

SVP	Fragestunde nicht beibehalten	<p>Jedem Mitglied des Einwohnerrates ist es jederzeit möglich, eine schriftliche Anfrage oder Interpellation zu verfassen, welche vom Gemeinderat beantwortet werden muss. Die institutionalisierte Fragestunde hat in der Vergangenheit oftmals als Plattform für irgendwelche oftmals gesuchte, belanglose und oder durch ein kurzes Gespräch mit dem zuständigen Gemeinderat zu klärende Banalitäten gedient.</p> <p>Die SVP ist mit der Lösung einverstanden, dass die Gemeindekanzlei zuständig sein soll.</p>
SP	Fragestunde beibehalten.	Die SP wünscht die Beibehaltung der Fragestunde. Sie ermöglicht neben den beiden parlamentarischen Instrumenten „Interpellation“ und „schriftliche Anfrage“ eine effiziente Art des Dialogs zwischen den Mitgliedern des Einwohnerrates und dem

		Gemeinderat respektive der Verwaltung.
FDP	Fragestunde beibehalten.	Die jährliche Fragestunde sollte beibehalten werden. Die Änderung des Verfahrens (direkte Zustellung an die Gemeindekanzlei) ist vernünftig.
EVP	Fragestunde nicht unbedingt nötig.	Die EVP AR ist der Meinung, dass es nicht unbedingt einer Fragestunde bedarf, da ja jederzeit eine Interpellation oder schriftliche Anfrage eingereicht werden kann.
CVP	Fragestunde nicht unbedingt nötig.	Im Grundsatz genügen die Instrumente der Interpellation und schriftlichen Anfrage, weshalb wir die Streichung einer jährlichen Fragestunde als mögliche Option in Betracht ziehen könnten.